

**Das Havelland  
l(i)ebenswert gestalten  
– sozial, gerecht, tolerant –**

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Havelland



Das Havelland,  
Kreiswahlprogramm DIE LINKE zur Kommunalwahl 2019

ViSdP: Andrea Johlige

Bilder: Andrea Johlige, Arménio Fortunato (S. 15)

## **Das Havelland I(i)ebenswert gestalten - sozial, gerecht, tolerant -**

### **Liebe Havelländerinnen und Havelländer,**

am 26. Mai dieses Jahres wählen Sie einen neuen Kreistag. DIE LINKE. Havelland wirbt deshalb mit Vorschlägen um Ihre Stimmen, die unseren Landkreis für alle lebenswerter machen, mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz für kommunalpolitisches Handeln verwirklichen, den öffentlichen Nahverkehr stärken und den Klimaschutz sowie unsere Kinder und Jugendlichen fördern. Wir setzen auf Dialog und Beteiligung der Einwohner\*innen und sind Ansprechpartner für Initiativen, Vereine und Verbände vor Ort. Wir bieten nicht fertige Lösungen, sondern wollen gemeinsam mit Ihnen, den Bürger\*innen vor Ort, die Probleme in den Griff bekommen. DIE LINKE. Havelland will ein offenes, tolerantes, ein buntes Havelland. Wir stehen für eine lebendige, sachbezogene Kommunalpolitik, die bestehende Probleme löst und Bürger\*innen ernst nimmt. Wir treten für eine unvoreingenommene und ergebnisoffene Prüfung von Vorschlägen und Ideen ein und sind deshalb eine echte Alternative zur im Landkreis regierenden Zählgemeinschaft aus SPD, CDU, FDP, Bauern und Familie.

Mit der LINKEN wird es allerdings keine Zusammenarbeit, keine Bündnisse oder gemeinsamen Projekte mit Rechtsextremen, Neofaschisten oder Rechtspopulisten geben. DIE LINKE. stellt sich allen diskriminierenden, rassistischen Erscheinungen, aber auch der zunehmenden Intoleranz in der Gesellschaft entgegen.

Auf den folgenden Seiten finden Sie Vorschläge der LINKEN Havelland und können erfahren, wie sie den Landkreis Havelland weiter gestalten will.

Sehen Sie kommunalpolitische Probleme im Havelland, die in diesen Vorschlägen noch nicht angesprochen wurden? Benötigen Sie Unterstützung bei einem Projekt, welches Sie im Havelland umsetzen wollen? Brauchen Sie Hilfe bei der Lösung von Missständen und Unzulänglichkeiten in unserem Landkreis? Dann sprechen Sie uns an! Wir sind für Sie da.

Karin Heckert

Hendrik Öchsle

Andrea Johlige

Kreisvorsitzende

Kreisvorsitzender

Fraktionsvorsitzende

DIE LINKE. Havelland

DIE LINKE. Havelland

DIE LINKE. im Kreistag Havelland



## Arbeit

DIE LINKE fordert die gezielte Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen und die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf mindestens 12 Euro. Menschen müssen von ihrer Arbeit in Würde leben können. Wir setzen uns in den Unternehmen mit Kreisbeteiligung und der Kreisverwaltung ein für

- Existenz sichernde Beschäftigungsverhältnisse ohne sachgrundlose Befristungen und das Zurückdrängen von Leiharbeit;
- die Schaffung von qualitativ hochwertigen Ausbildungsplätzen in allen Zweigen der Wirtschaft;
- die Beibehaltung und den weiteren Ausbau des Programms zu öffentlich geförderter Beschäftigung in Vereinen und Verbänden, das aus dem 100-Stellen-Programm des Landkreises für Langzeitarbeitslose hervor gegangen ist;
- die konsequente Umsetzung von öffentlich geförderten Beschäftigungsmaßnahmen und den weiteren Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung, u.a. durch den zielgerichteten und langfristigen Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente.

Der Landkreis als Unternehmer hat eine besondere Verantwortung. Noch immer sind einige Unternehmen, bei denen der Landkreis als Gesellschafter fungiert, nicht tarifgebunden. Wir fordern bei allen kreiseigenen Unternehmen den Abschluss eines Tarifvertrages mit einem Mindestlohn von mindestens 12 Euro und ein verstärktes Engagement bei der betrieblichen Ausbildung. Eine Teilnahme an den Ausbildungsbörsen und Unternehmertagen im Havelland, wie in Falkensee, Wustermark und im MAFZ Paaren Glien, sollte daher verpflichtend sein. Wer nicht ausbilden möchte, sollte in einen Fonds einzahlen, um in anderen Betrieben Ausbildungsplätze zu fördern.

Die Einhaltung des Mindestlohns und des Vergabemindestlohns bei öffentlichen Aufträgen muss im Landkreis Havelland besser kontrolliert werden.

Viele Menschen in unserem Landkreis sind von Hartz IV abhängig. Es ist bisher auch durch die kommunale Selbstverwaltung nicht gelungen, an der langen Verweildauer in dem Hartz IV-System grundlegend etwas zu ändern. Wir wollen mithelfen, den dazu erforderlichen Umdenkungsprozess zu befördern, indem

- die Verbesserung der Betreuung der Betroffenen durch transparente Zuständigkeiten und persönliche Ansprechpartner und die Verbesserung der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt oberste Priorität haben;
- dafür Sorge getragen wird, dass arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sinnvolle Arbeit für die Betroffenen bieten und auf den ersten Arbeitsmarkt vorbereiten;

- Qualifizierungsmaßnahmen an den regionalen Arbeitsmarkt angepasst werden und auf die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt hinwirken;
- die Berücksichtigung der tatsächlichen Kostensteigerungen bei den Betriebs- und Heizkosten bei der Gewährung der Kosten der Unterkunft im SGB II Bereich und in der Grundsicherung erfolgt;
- eine Mitbestimmung von Leistungsempfänger\*innen bei der Konzipierung und Gestaltung von Arbeitsmarktmaßnahmen oder Richtlinien zur Umsetzung des Leistungsanspruchs in Angriff genommen wird.

## B

### **Barrierefreiheit**

Wir wollen dazu beitragen, die selbstbestimmte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Unterschiedlichkeiten und Vielfalt werden zur Normalität und tragen zur Bereicherung bei. Nicht Menschen müssen sich den Hindernissen anpassen, sondern die Gesellschaft muss Barrieren abbauen.

- Wir fordern einen barrierefreien Zugang zu allen Bahnhöfen, Schulen, Filialen von Post- und Bankunternehmen, Krankenkassen und -häusern, Arztpraxen und Geschäften.
- Die öffentliche Verwaltung muss hier mit gutem Beispiel vorangehen, so zum Beispiel beim Abbau von Mobilitätshindernissen und Barrieren für Menschen mit Hör- und Sehbehinderungen.
- Wir setzen uns ein für die Ausstattung des ÖPNV mit Ein- und Ausstiegshilfen für Menschen mit Handicaps.
- Auch im öffentlichen Straßenbereich gibt es Nachholbedarf. Wir setzen uns dafür ein, dass Barrieren in allen Kommunen schrittweise abgebaut werden. Blinden- und Wegeleitsysteme nach DIN-Normen sind dabei schon bei den Planungen mitzudenken und sollten zur Selbstverständlichkeit werden. Für Senior\*innen sollte es an mit den Seniorenräten abgestimmten ausgewählten Standorten in den Kommunen sogenannte Seniorensitze geben, die bei längeren Wegen Pausen ermöglichen.
- Die kommunalen Wohnungsgesellschaften sind als Beispielgeber gefragt, wenn es um die Schaffung von bezahlbarem barrierefreiem Wohnraum geht. Hier fordern wir Unterstützung und Engagement durch den Landkreis.
- Besonderes Augenmerk muss auf barrierefreie Internetauftritte von Verwaltungen gelegt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen und die Senior\*innenbeiräte bei allen sie betreffenden Belangen und vor allem

bei Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit beteiligt und einbezogen werden. Wir werden auch weiterhin dafür kämpfen, die Teilhabechancen von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Selbstbestimmte Teilhabe ist Menschenrecht.

## **Bildung**

Eine gute Bildung für alle Menschen im Landkreis – von Anfang an und lebenslang – ist ein wichtiger Schlüssel für selbstbestimmte und erfolgreiche Teilhabe am Leben. Wir sehen deshalb in der Gestaltung einer vielfältigen und für jede Altersstufe bedarfsgerechten Bildungslandschaft eine der wichtigsten Aufgaben öffentlicher Daseinsvorsorge. Wir werden gemeinsam mit den Städten und Gemeinden eine Bildungsplanung gestalten, die dieser Herausforderung gerecht wird.

- Wir wollen mehr kreisliches Engagement bei der Finanzierung von Schulsozialarbeit. Es bleibt unser Ziel, dass an jeder Schule im Havelland Schulsozialarbeiter\*innen tätig sein sollen.
- Wir wollen endlich eine elternbeitragsfreie Schülerbeförderung. Es muss Schluss sein mit der schreienden Ungerechtigkeit, dass Eltern, deren Kinder morgens lange mit dem Bus unterwegs sind, dafür auch noch zahlen müssen.
- Kein Kind soll mittags einen leeren Magen haben. Deshalb kämpfen wir für ein gebührenfreies, gesundes Schulessen möglichst für alle Kinder, vor allem aber für Kinder aus Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften, von Geringverdiener\*innen und Asylbewerber\*innen.
- Wir setzen uns für den Erhalt eines wohnortnahen, alle Bildungsgänge umfassenden und bedarfsgerechten Schulangebots ein und unterstützen die Bemühungen der Stadt Rhinow und der Gemeinde Wustermark im Ortsteil Elstal zur Errichtung von Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Schulen eng mit Grundschulen in ihren Gemeinden mit dem Ziel zusammenarbeiten, sich langfristig zu Schulzentren zusammenschließen, im Ganztags zu arbeiten und sich zu Schulen des gemeinsamen Lernens zu entwickeln.
- Die vorhandenen Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe in Falkensee und Rathe-now, die in Errichtung befindliche Gesamtschule in Brieselang sowie die Oberschulen werden wir weiterhin vorrangig unterstützen.
- Wir sprechen uns für inklusive Bildung aus und setzen uns deshalb dafür ein, dass alle Schulen im Landkreis die dafür notwendigen Rahmenbedingungen erhalten. Die fachlichen und personellen Ressourcen unserer Förderschulen dürfen nicht verloren gehen, sondern müssen in die künftig inklusive Beschulung übergehen.
- Wir unterstützen den weiteren Ausbau und die Profilierung des kreislichen Oberstufenzentrums.
- Das bundesweite Projekt “Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage” fördern wir, wo es uns möglich ist und fordern alle Schulen auf, sich an diesem Projekt zu beteiligen.

- Die Entwicklung der elektronischen Medien und die Anwendungsmöglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechniken beeinflussen die gesamte Arbeits- und Lebenswelt grundlegend. Die Schulen müssen auf den gegenwärtigen Strukturwandel reagieren können, wenn sie ihrer Aufgabe bei der Bildung und Erziehung und damit der Qualifizierung der Heranwachsenden für das Leben in der Informations- und Wissensgesellschaft gerecht werden sollen. Hierzu muss der Landkreis die entsprechenden finanziellen Mittel bereitstellen.
- Wir werden uns für eine bessere Ausstattung der kreislichen Musik- und Kunstschule und der Volkshochschule einsetzen.

### **Bürgerschaftliches Engagement**

Um bürgerschaftliches Engagement der Havelländer\*innen in beispielsweise Vereinen, den Kinder- und Jugendparlamenten und den Senior\*innenräten zu fördern, braucht es Räume. Diese dienen der Organisation und Planung der ehrenamtlichen Arbeit, dem Austausch und der Meinungsbildung sowie manchmal auch einfach nur als Regenschutz. DIE LINKE möchte daher in den Städten Rathenow, Nauen und Falkensee „Büros für Bürgerschaftliches Engagement“ einrichten lassen, die als Treffpunkte von organisierten Havelländer\*innen kostenfrei zur Unterstützung ihrer Arbeit genutzt werden können. Diese Büros sollen nicht nur von einer Personengruppe, sondern von mehreren Gruppen genutzt werden können.



### **Chancengleichheit**

DIE LINKE will mit allen Bürgerinnen und Bürgern für eine gerechte Verteilung von Zugangs- und Lebenschancen streiten.

Auch in unserem Kreis zeigt sich die soziale Schere zwischen Menschen mit hohem Einkommen und Menschen, die trotz Lohnarbeit arm sind, Menschen, die auf Arbeitslosengeld, Hartz IV, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder Grundversicherung im Alter angewiesen sind. Wir werden uns wie bisher auch nachdrücklich dafür einsetzen, dass diese zutiefst ungerechten sozialen Unterschiede nicht aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit verdrängt werden.



### **Demografischer Wandel**

Wir erachten es als einen großen zivilisatorischen Fortschritt, dass immer mehr Menschen gesund älter werden. Wir wollen, dass dieser Fortschritt aber auch der Gesellschaft

wieder zugutekommen kann und die Schaffenskraft und das Interesse älterer Menschen an sozialer Einbindung und gesellschaftlich wertgeschätzter Tätigkeit für gemeinnützige Vorhaben aktiviert werden kann.

Demgegenüber betrachten wir den Bevölkerungsrückgang im Westhavelland mit großer Sorge. Dieser Entwicklung wollen wir aktiv entgegenwirken und treten ein für eine Unterstützung und Weiterentwicklung von Maßnahmen zur vorausschauenden Gestaltung des demografischen Wandels;

- die Weiterentwicklung und den Ausbau des aus dem Demografieprojekt des Landkreises hervorgegangenen Demografie-Forums;
- die Beachtung der Belange von Älteren und Menschen mit Handicaps beim Stadt- und Gemeindeumbau sowie bei der Gestaltung von Verkehrswegen und öffentlichen Einrichtungen;
- die Schaffung der Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Wohnen im Alter;
- die Unterstützung von Projekten, die eine wohnortnahe Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs sichern;
- die Fortsetzung der Schaffung integrierter Strukturen der Gesundheitsversorgung im Landkreis sowie im Zusammenwirken mit benachbarten Landkreisen und die Sicherung der Grundversorgung durch mobile Krankenschwestern bzw. Pflegepersonal;
- die Unterstützung von Gemeinden, die Arztpraxen für ambulante Sprechstunden mobiler Ärzt\*innen vorhalten wollen.

Als Folge des demografischen Wandels müssen ehrenamtliches Wirken sowie sportliche und kulturelle Betätigung gefördert und das soziale Zusammenleben in den Kommunen gestärkt werden.

### **Denkmalschutz**

Der Schutz von Denkmälern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Denkmäler sind ein Teil unserer Geschichte, sie gehören zum Kulturgut unserer Zeit und sie helfen Jugendlichen, Geschichte besser zu verstehen. Unter Denkmalschutz stehende Gebäude und Anlagen sind Orte des Zusammenkommens, wie beispielsweise die vielen Kirchen im Landkreis, Orte des Mahnens, wie beispielsweise das ehemalige KZ-Außenlager Falkensee, oder Orte des Erinnerns, wie beispielsweise die Denkmäler für die bei der Befreiung Deutschlands vom Faschismus gefallenen Sowjetsoldaten.

Wir setzen uns daher für den denkmalgerechten Erhalt, die Pflege und eine mögliche Nachnutzung von Denkmälern ein. Für uns ist dabei entscheidend, dass Denkmäler für jeden zugänglich sind und gerade besondere Denkmale, wie z.B. das Schloss Ribbeck, öffentlich genutzt und nicht privatisiert werden. Denkmäler, die an Opfer des Faschismus erinnern, oder Straßen, die nach Widerstandskämpfern benannt sind, dürfen unserer Meinung nach nicht umbenannt, verändert oder umgesetzt werden. Für DIE LINKE ist außerdem wichtig, dass bei den Denkmalschutzauflagen eine Gleichbehandlung stattfindet, egal ob sich Unternehmen oder Privatpersonen für den Erhalt eines unter Denkmalschutz stehenden Hauses einsetzen.



Einzelpersonen dürfen nicht andere und ggf. höhere Auflagen bekommen als Unternehmen.

Wir fordern ein Programm, bei dem Geschichts- und Museumsvereine bis zu 500 Euro Förderung vom Landkreis beantragen können, wenn sie sich einem bisher nicht oder kaum erschlossenem Thema der Lokal- oder Regionalgeschichte widmen.

### **Digitalisierung**

Die Digitalisierung wird in den kommenden Jahren alle Lebensbereiche der Menschen verändern. Für uns ist wichtig, dass die Menschen in den ländlichen Gebieten nicht vom digitalen Fortschritt abgehängt werden. Wir setzen und für weitere Anstrengungen ein, den Zugang aller Bürger\*innen zu einem schnellen Internetanschluss als Grundversorgung und öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern. Die Initiative des Landkreises, allen Haushalten im Havelland einen leistungsfähigen Breitbandanschluss zu gewährleisten, werden wir weiter unterstützen.

Wir wollen an allen Bahnhöfen, in allen für die Einwohner\*innen zugänglichen öffentlichen Gebäuden und allen öffentlichen Sitzungsräumen kostenfreie WLAN Hotspots und fordern weiterhin kostenfreie WLAN-Angebote in überlokalen Bussen. An jedem Bahnhof muss es zwischen Bus- und Bahnverkehr abgestimmte Digitalanzeigen geben, die die Uhrzeit, Verspätungen, Gleiswechsel usw. anzeigen.



### **Ehrenamt**

Das Ehrenamt ist ein gesellschaftliches Gut, Teil der Lebensqualität der Menschen und stärkt die heimatliche Verbundenheit. Diese positiven Aspekte sind nach unserer Auffassung kommunalpolitisch zu begleiten und zu unterstützen. Wir setzen uns für die kontinuierliche materielle und ideelle Unterstützung und Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements in gemeinnützigen Vereinen und freiwilligen Feuerwehren ein.

### **Energie**

Energie, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallbeseitigung, Wohnen, soziale Dienste, Gesundheitsfürsorge und ÖPNV gehören zur Daseinsfürsorge. Für die Sicherung dieser Bereiche hat die öffentliche Hand eine besondere Verantwortung. Sie sollen durchaus wirtschaftlich arbeiten, aber nicht Gewinninteressen dienen. Sie haben in erster Linie für die Gewährleistung grundlegender Lebensbedürfnisse der Menschen im Havelland da zu sein. Wir fordern

- eine Vorbildfunktion des Landkreises bei der effizienten Nutzung von Energie in allen Gebäuden in Kreisträgerschaft und beim Energiesparen;
- die Förderung der Nutzung alternativer, nachhaltiger Energiequellen; bei jedem öffentlichen Bauprojekt muss mindestens eine Form der regenerativen Energiegewinnung mit eingeplant werden.

- eine Unterstützung für kommunale Windparks und Energiegenossenschaften (z.B. Bürgersolaranlagen);
- ein energieeffizientes Sanieren und Bauen als Grundsatz kreislicher (und möglichst auch gemeindlicher) Bauinvestitionstätigkeit mit einer Folgeabschätzung hinsichtlich der Betriebskosten und der Klimabilanz;
- die Etablierung einer mobilen unabhängigen Energieberatung;
- die Unterstützung und Förderung von Energieeinspar-Bemühungen von Menschen mit geringem Einkommen und im Leistungsbezug;
- ein 1000-Dächer-Programm für das Havelland in Koordination des Landkreises und in Kooperation mit Finanzierungsgebern, regionalen Anbietern, Städten und Gemeinden, und in diesem Zusammenhang die Zur-Verfügung-Stellung von geeigneten Dachflächen kreiseigener Liegenschaften für Solaranlagen;
- langfristig die Gründung eines kommunalen Energieunternehmens “Stadtwerke Osthavelland”, vorzugsweise in der Unternehmensform einer Anstalt öffentlichen Rechts, bei privaten Unternehmensformen streben wir Minderbeteiligungen von Kommunen im Landkreis an.



## **Familie**

Wir stehen für eine moderne und zukunftsweisende Familienpolitik. Familie ist dort, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen – unabhängig von Trauschein und sexueller Orientierung. Dafür brauchen wir in der Familienpolitik einen Ausbau der Infrastruktur, eine wirkungsvolle soziale Absicherung und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insbesondere Alleinerziehende und Mehrkindfamilien brauchen gezielte Unterstützung.

## **Frauen**

Die Gleichberechtigung von Frauen ist für uns Grundlage unserer politischen, sozialen und kommunalen Bestrebungen. Ziel unseres politischen Handelns ist es, bewährte Strukturen der kommunalen Gleichstellungspolitik sowie soziale Netzwerke und Projekte zu erhalten und auszubauen. Wir stehen

- für die kontinuierliche Beachtung frauen- und familienpolitischer Aspekte von Kreistagsbeschlüssen und Verwaltungshandeln;
- für eine gezielte Frauenförderung als Qualitätskriterium der Kreispolitik;
- für die Verbesserung der Finanzierung des Frauenhauses (z.B. in Form einer Umlage aller havelländischen Kommunen nach Einwohnerzahl);
- für die konsequente Förderung von Existenzgründerinnen;

- für umfassende Maßnahmen zur Unterstützung des Wiedereinstiegs von Frauen nach einer familiär bedingten längeren beruflichen Pause;
- für die Sicherstellung einer ausreichenden, flexiblen Kinderbetreuung. Vor allem jungen Frauen muss ermöglicht werden, ihre berufliche Ausbildung abzuschließen und ins Berufsleben einzusteigen.



## **Gesundheit**

Die Versorgung der Bevölkerung mit gesundheitlichen Leistungen muss in den nächsten Jahren weiter ausgebaut und das Erreichte gesichert werden. Die Havelland Kliniken GmbH spielen dabei eine ganz zentrale Rolle: Sie sichern die öffentliche Daseinsvorsorge im stationären und ambulanten Gesundheits- und Pflegebereich für unsere Region und tragen dazu bei, ein wohnortnahes `Netzwerk Gesundheit´ zu knüpfen. Der dabei von ihnen eingeschlagene Weg, dieses Netz weiter auszubauen und gleichzeitig damit zu beginnen, den steigenden Fachkräftebedarf künftig auch durch eigene Ausbildungsangebote zu sichern, wird von uns unterstützt. Darüber hinaus werden wir uns für langfristige Konzepte der Fachkräftegewinnung einsetzen und sehen neben Fragen der Arbeitsbedingungen auch im Bereich der Entlohnung der Beschäftigten einen Handlungsbedarf. Wir wollen damit dazu beitragen, dass sich Entwicklungen, wie die vorübergehende Schließung des Kreißaals in Nauen nicht wiederholen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, endlich die Trennung von ambulanten und stationären Leistungen zu überwinden. Dies würde weitere Potenziale unserer kreiseigenen Krankenhausgesellschaft freisetzen und eine bessere Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärzt\*innen ermöglichen. Die Pflegekräfte haben unsere Unterstützung im Kampf gegen die ungeheure Arbeitsverdichtung, die auf Kosten der eigenen Gesundheit des Pflegepersonals geht und die Zuwendung für Pflegebedürftige zunehmend einschränkt. Schließlich spricht sich DIE LINKE für eine Fortsetzung und Weiterentwicklung des Projekts „Netzwerk gesunde Kinder“ aus.



## **Integration**

Im Kreis Havelland leben Menschen aus vielen verschiedenen Herkunftsstaaten. Wir treten für die freie Entfaltung aller Menschen ein. Akzeptanz, Respekt und Achtung der Menschenwürde sind Grundprinzipien des Umgangs miteinander. Für uns ist Integration ein wechselseitiges Miteinander.

In den vergangenen Jahren hat der Landkreis Havelland sehr viele Geflüchtete aufgenommen und versorgt. Wir sind froh, dass diese Herausforderung so gut gemeistert werden konnte. Dies war nur durch eine intensive Zusammenarbeit der beteiligten Akteure verschiedener Bereiche der Kreisverwaltung, der Städte und Gemeinden und der zahlreichen ehrenamtlichen Helfer\*innen in allen Regionen des Havellands möglich. Wir danken allen, die sich dafür engagiert haben, dass von Flucht und Verfolgung Betroffene im Havelland eine neue Heimat gefunden haben.

Wir setzen uns für die Unterbringung von Geflüchteten vorrangig in Wohnungen ein, um auf eine Unterbringung in Heimen weitestgehend verzichten zu können. Uns ist aber auch wichtig, dass die Städte und Gemeinden, in denen Geflüchtete unterkommen, mit den notwendigen Integrationsleistungen nicht allein gelassen werden. Deshalb setzen wir uns für ein umfangreiches Beratungsangebot und einen kreislichen Fonds für die Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten zur Integration von Geflüchteten ein.

Integration gelingt dann, wenn die Geflüchteten die Chance haben, sich hier ein eigenständiges Leben aufbauen zu können. Dazu gehören Spracherwerb ebenso wie Ausbildung, Arbeit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Als LINKE unterstützen wir alle Maßnahmen, die diesem Zweck dienen.

DIE LINKE setzt sich für die Förderung und den Erhalt von Projekten ein, die eine Selbstorganisation von Menschen mit Migrationshintergrund befördern. Bereits in der aktuellen Wahlperiode des Kreistages haben wir uns für die Schaffung eines Integrationsbeirates eingesetzt und werden auch weiterhin dafür kämpfen, dass eine solche Interessenvertretung für Menschen mit Migrationshintergrund geschaffen wird.



## **Jugend**

Kinder- und Jugendpolitik ist mehr als nur Jugendhilfepolitik. Kinder- und Jugendpolitik ist für DIE LINKE aus diesem Grund Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Deswegen setzen wir uns für eine gute soziale Infrastruktur ein – bestehend aus Freizeit-, Beratungs- und Hilfeangeboten für Kinder und Jugendliche. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung, um Chancengleichheit zu ermöglichen und allen Kindern und Jugendlichen Teilhabeperspektiven zu eröffnen. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche ihre Lebensumstände besser selbst mitbestimmen und mitgestalten können. Die neuen Regelungen in der Kommunalverfassung zur verbesserten Kinder- und Jugendmitbestimmung im Landkreis und in den Städten und Gemeinden werden wir schnell umsetzen. In den Kommunen des Landkreises, die ein Kinder- und Jugendparlament haben, fordern wir ein Antrags- und Rederecht in den kommunalen Gremien für die Belange, die Kinder- und Jugendliche betreffen.

Wir sehen in der Ausbildung von jungen Menschen eine wichtige Voraussetzung für die Fachkräftesicherung und für Zukunftsaussichten von Jugendlichen im Landkreis. Wir werden uns weiterhin für eine enge Kooperation zwischen Wirtschaft, Bildung und Weiterbildung einsetzen.

Wir treten ein für:

- die Auslobung eines Wettbewerbs „Jugendklub ohne Diskriminierung – Jugendklub ohne Gewalt“;
- „Demokratie- und Mitbestimmungspunkte“ in Falkensee, Nauen und Rathenow, in denen Begegnung, Beratung und Umsetzung von Mitbestimmung geübt und gelebt werden;
- ein stärkeres finanzielles Engagement des Landkreises für die Jugendarbeit;
- die Schaffung von Projekten zur Sicherstellung der Mobilität gerade von Jugendlichen an Wochenenden und abends, beispielsweise durch Taxigutscheine und ein Modellprojekt „kostenfreies Jugend-Ticket Havelland“.



## **Kinder**

Seit dem 1. August 2013 haben alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr bundesweit einen Rechtsanspruch auf eine Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflege als Orte der Bildung und Erziehung, des sozialen Lernens und zum Abbau sozialer Ungleichheit. Aktuell fehlen jedoch in nahezu allen Städten und Gemeinden im Havelland Betreuungsplätze. Dadurch wird Kindern die Chance auf frühkindliche Bildung und Eltern die Möglichkeit eines Wiedereinstiegs in das Berufsleben genommen. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

Wir fordern:

- den begonnenen quantitativen und qualitativen Ausbau der Betreuungslandschaft für Kinder unter drei Jahren zügig fortzusetzen und die Kommunen darin zu unterstützen. Ziel sind bedarfsgerechte und pädagogisch qualifizierte Kinderbetreuungsangebote zu sozialverträglichen Gebühren. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die schrittweise Abschaffung der Elternbeiträge durch das Land Brandenburg.
- eine auskömmliche Finanzierung der Kindertagespflegepersonen, die sich an ihrem Ausbildungs- und Qualifizierungsstand orientiert und verhindert, dass Kindertagespflege als Sparvariante der Kindertagesbetreuung missbraucht wird;
- Erhalt der öffentlichen Angebote der Kinder- und Jugendbetreuung nach dem SGB VIII, Ablehnung der Delegation hoheitlicher Aufgaben an freie und ehrenamtliche Träger.

## Kultur

Die kulturelle und musische Bildung aller Bürger\*innen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, ist eine Schlüsselaufgabe für soziale und kulturelle Integration, für Teilhabe und Chancengleichheit. Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau der kreislichen Musik- und Kunstschule sowie der Volkshochschule auf hohem Niveau ein.

DIE LINKE tritt darüber hinaus ein für

- eine Fortschreibung der Kulturkonzeption des Landkreises Havelland im Zusammenwirken mit den Städten und Gemeinden;
- eine angemessene finanzielle Ausstattung des Kulturzentrums Rathenow und des Schlosses Ribbeck sowie Unterstützung regional bedeutsamer Kulturinitiativen;
- die Weiterentwicklung des touristisch wichtigen Schlosses Ribbeck hin zu einer Kulturstätte, die als „Haus für Alle“ auch für die Havelländer\*innen attraktive Angebote zu bezahlbaren Preisen bietet.

Wir bekennen uns zu den öffentlichen Bibliotheken als Bildungs- und Kultureinrichtung mit wichtigen sozialen Funktionen. Sie sind ein öffentlicher Ort des Austauschs und der Kultur. Wir fordern ihren Erhalt im Kreis Havelland, ihre Ausstattung mit dem notwendigen Personal und Erwerbungsmiteln. Die Einrichtungen müssen in die Lage versetzt werden, mit attraktiven Medien und interessanten Veranstaltungen einen großen Teil der Bevölkerung anzusprechen. Bibliotheken müssen sich durch Maßnahmen der Leseförderung, durch Kooperationen mit Kitas und Schulen weiter als Bildungsstandort profilieren und so gezielt Kinder und Jugendliche ansprechen.

Wir fordern mehr Kunst am Bau. Bei öffentlichen Ausschreibungen sollten wenigstens drei Prozent der Bausumme für Kunst am Bau ausgegeben werden.





## Ländlicher Raum

Teile des Havellandes gehören zum sogenannten ländlichen Raum. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass niemand seinen familiär und kulturell gewachsenen Ort im ländlichen Raum aufgrund eines Mangels an Infrastruktur, Arbeitsplatzperspektive und Gesundheitsversorgung verlassen muss.

Ein bedeutender Wirtschaftszweig im Havelland ist die Landwirtschaft. LINKE Agrarpolitik will eine Agrarproduktion, die sozialer ist, besser zur Umwelt passt, eine artgerechte Tierhaltung gewährleistet und fest in der Region verankert ist.

DIE LINKE setzt sich für landwirtschaftliche Produktionsformen ein, die umweltgerecht sind, ihre soziale Verantwortung wahrnehmen, eine artgerechte Tierhaltung gewährleisten und einen Beitrag zur biologischen Vielfalt leisten. Wir setzen uns für die Wiederbelebung regionaler Wirtschafts- und Verbrauchskreisläufe sowie dafür ein, dass landwirtschaftliche Flächen in der Hand von Produktionsformen bleiben, die im oben genannten Sinne landwirtschaftlich produzieren.





## Mobilität

Eine am Bedarf orientierte Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für alle Einwohner\*innen des Landkreises sowie deren Gäste, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben und/oder den beruflichen Verpflichtungen nachkommen zu können. Dabei sind umweltschonende Verkehrsmittel zu bevorzugen und der öffentliche Personennahverkehr bedarfsgerecht und barrierefrei auszubauen. Wir setzen uns für den Erhalt aller bestehenden Bahnhöfe, Bahn- und Busstrecken im Landkreis sowie die Wiederbelebung sinnvoller Querverbindungen ein. Für DIE LINKE gehören auch die Verbesserung der Umsteigebedingungen zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern sowie der weitere Ausbau des Radfahrnetzes zur Verbesserung der Mobilität.

In der aktuellen Wahlperiode des Kreistages haben wir uns aktiv an der Erarbeitung der Nahverkehrskonzepte für das Havelland beteiligt. Diese müssen effektiv umgesetzt, ihre Wirkung beobachtet und wenn nötig, bedarfsgerecht nachgebessert werden.

Wir werden auch weiterhin vor allem dafür eintreten, dass bei der kreiseigenen Havelbus-Gesellschaft gleichberechtigt neben einer wirtschaftlichen Betriebsführung die Mobilitätsinteressen der Bürger\*innen sowie die Beschäftigungsinteressen insbesondere des Fahrpersonals Ausgangspunkt von Strukturentscheidungen sind. Darüber hinaus treten wir für folgende Ziele ein:

- Verbesserung der Beförderungssituation und Verkürzung der Schulwegzeiten für Schüler\*innen;
- bedarfsgerechtere und verlässliche Beförderungsangebote für ältere Menschen sowie Menschen mit niedrigen Einkommen und Mobilitätsschwierigkeiten;
- Fortsetzung der Begleitung von Wirtschaftsansiedlungen mit Angeboten zur Beförderung dort Beschäftigter;
- ausschließliche Anschaffung weiterer Fahrzeuge nach den Kriterien Barrierefreiheit und Nutzung erneuerbarer Energieträger.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der Landkreis seine Beteiligung an der Havelländischen Eisenbahngesellschaft aktiver für eine dynamische Weiterentwicklung des Güterverkehrs- sowie Logistikstandorts Havelland einsetzt. Die Entwicklung des Bahntechnologiecampus in Elstal begleiten wir aktiv.

Wir kämpfen außerdem für eine Verbesserung der Bahnanbindungen im Havelland und kurzfristige Taktverdichtungen, um vor allem der zunehmenden Zahl der Berufspendlerinnen und -pendler den Weg zur Arbeit zu erleichtern.

Wir setzen uns für eine deutliche Verbesserung der Anbindung nach Berlin, die Landeshauptstadt Potsdam, Stendal und das Umland ein. Wir akzeptieren nicht, dass die Deutsche Bahn die Fertigstellung des Ausbaus für den Regionalexpress 4 erst für das Jahr 2034



vorsieht. Wir fordern die umgehende Verbesserung der Taktzeiten zwischen Rathenow und Berlin unter Einbeziehung von Buschow und Nennhausen zunächst mit einem 30-Minuten-Takt von 6:30 Uhr bis 08:30 Uhr nach Berlin, einem 30-Minuten-Takt von 16:30 Uhr bis 18:30 Uhr von Berlin sowie die Verbesserung der Nachtverbindungen von Berlin. Die Anbindung der RB21 über Wustermark nach Potsdam ist zu erhalten.



## Politik

Kommunalpolitik ist ein wichtiges Handlungsfeld, um gemeinsam mit den Bürger\*innen das gesellschaftliche Miteinander zu gestalten. Immer mehr Aufgaben werden von der Bundes- und Länderpolitik den Kommunen übertragen. Um dem gerecht zu werden, sind ausreichend finanzielle Mittel erforderlich. Wir setzen uns auf allen Ebenen für eine angemessene und an den Aufgaben orientierte finanzielle Ausstattung der Kommunen ein. Wir sind deshalb seit vielen Jahren die verlässliche Stimme für die Senkung der Kreisumlage, um die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden dauerhaft zu sichern.

Verwaltungsvorgänge müssen optimiert und einer kontinuierlichen Aufgabenkritik unterzogen werden, ohne dies zur reinen Mittelkürzung oder zum Stellenabbau zu missbrauchen. Zusätzliche finanzielle Mittel sollen durch eine Optimierung und Professionalisierung des Cash- und Zinsmanagements erwirtschaftet werden. Wir fordern

- die Festsetzung einer angemessenen und transparenten Kreisumlage unter Einbeziehung der Kommunen;
- die Weiterentwicklung der doppischen Haushaltsführung hin zu mehr Transparenz und klarerer Beschreibung der Einzelleistungen;
- die Einbeziehung der Havelländer\*innen in die Entscheidungen über wichtige Vorhaben;
- die Schaffung eines Beteiligungsverfahrens, z.B. in Form eines Bürgerhaushaltes.



## Queer

Wir setzen uns dafür ein, dass auch Lebensmodelle und Formen des Zusammenlebens, die nicht der gängigen Norm von Ehe entsprechen und nicht durch Gesetze verboten sind, ein Recht auf Existenz haben und frei von Diskriminierung sind. Auch heute noch sind lesbische, schwule, transsexuelle und transidente Menschen von Benachteiligung und Diskriminierung betroffen. Für uns gehört zu einem solidarischen und weltoffenen Havelland auch, dass solchen Diskriminierungen offensiv entgegengetreten und Anti-Diskriminierungsarbeit nachhaltig unterstützt wird.



## Seniorinnen und Senioren

Die Würde des Menschen ist unantastbar – Senior\*innenpolitik muss in Theorie und Praxis konsequenter als Querschnittsaufgabe verstanden und gehandhabt werden. Das schließt die Wechselbeziehungen zwischen den Generationen ebenso ein wie das ressortübergreifende Zusammenwirken der Verwaltungen sowie die Erschließung und Bündelung regionaler Ressourcen.

Wir fordern:

- einen uneingeschränkten Zugang alter Menschen zu ärztlicher Behandlung und Betreuung in Städten und im ländlichen Raum;
- ein stärkeres Augenmerk auf die individuellen Wohnbedürfnisse im Alter sowie auf die Sicherung bezahlbarer Mieten, Wohnungsanpassung, Umbau in barrierefreie, altersgerechte Wohnungen durch kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen zu legen.
- Schaffung der Voraussetzungen zur Bildung von selbst gewählten Seniorenvertretungen.

Der § 18 der Hauptsatzung des Landkreises zur Seniorenarbeit ist konsequent neu zu gestalten. Wir fordern die Einbeziehung des Kreissenorenbeirats in die Ausschüsse des Kreistages. Für die Ausgestaltung und Verbesserung der Tätigkeit im Kreissenorenbeirat sollte die Arbeit eines zeitlich begrenzten Sachbearbeiters ermöglicht werden. Die Möglichkeit vor dem Kreistag zu sprechen, muss dem Kreissenorenbeirat eingeräumt werden.

Wir fordern den uneingeschränkten Zugang älterer Menschen zu Bildungseinrichtungen, Kultur und Kunst. Um älteren Menschen den Zugang zum Internet zu erleichtern, sind kostenlose Kurse anzubieten. Die finanzielle Ausrichtung der Arbeit mit den Seniorinnen und Senioren erfordert eine bessere Ausgestaltung durch den Kreishaushalt.

Wir fordern, dass der Kreistag im Zeitraum der Wahlperiode einen Sitzungstag dazu nutzt, um zur Tätigkeit der Beiräte (Seniorenbeirat, Jugendbeirat, Kreissportbund und weitere) Stellung zu nehmen.

## Sport

DIE LINKE will die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ausbauen, die erforderlich sind, damit Sport als Teil der individuellen Entfaltung möglich ist. Sport erfüllt eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Wir setzen uns dafür ein, die Vermittlung von Werten wie Toleranz, Respekt und Fairness im Sport zu stärken sowie den Schul- und Berufssport durch Qualitätsstandards nachhaltig zu verbessern. Kindern und Jugendlichen soll

verstärkt Freude an Bewegung vermittelt werden. Gewalt und Diskriminierungen sollen bekämpft und Menschen mit und ohne Behinderungen, unabhängig von sozialen, ethnischen, religiösen oder sexuellen Hintergründen, der Zugang zum Sport gesichert werden. Wir setzen uns ein für den Erhalt der gebührenfreien Nutzung kreiseigener Sportstätten für Kinder und Jugendliche im Rahmen des organisierten Vereinssports; für den Erhalt der Sportförderung des Landkreises mindestens auf derzeitigem Niveau und angemessene Berücksichtigung des Sports bei der Investitionsförderung.



## **Transparenz**

Nach dem Verständnis der LINKEN sind Kommunalverwaltungen Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger. Ihr Handeln muss deshalb neben Effizienz, Transparenz und Wirtschaftlichkeit von Bürgerfreundlichkeit gekennzeichnet sein. Wir treten ein für

- eine Beschleunigung von Verwaltungsabläufen;
- einen Kompetenz- und Freundlichkeitscheck der Verwaltung;
- die Überprüfung von Satzungen, Formularen und Bescheiden auf ihre sprachliche Klarheit und Verständlichkeit und deren entsprechende Korrekturen;
- den Ausbau der Möglichkeit, möglichst viele Anliegen der Bürger\*innen auf digitalem Weg mit den Verwaltungen klären zu können,
- die frühzeitige Information und Einbeziehung der Einwohner\*innen bei Grundsatzentscheidungen;
- eine konstruktive und unterstützende Zusammenarbeit der Verwaltung mit Bürgerinitiativen und Vereinen;
- eine stärkere Nutzung gesetzlicher Ermessensspielräume zugunsten von Bürger\*innen.



## **Umwelt**

Wir treten konsequent für die Schonung der natürlichen Ressourcen sowie Klimaschutz ein. Dabei geht es um eine möglichst geringe Flächenversiegelung, Naturschutz, energieeffizientes Bauen und Energieeinsparung, die ressourcenschonende Nutzung von

Wasser, den Erhalt und Ausbau kommunaler bzw. kreislicher Investitionsprogramme.

Wir fordern

- die Umsetzung der Maßnahmen aus dem integrierten Klimaschutzkonzept des Landkreises;
- die Renaturierung nicht nur der Unteren Havel, sondern weiterer Flüsse und insbesondere von Kleingewässern im Einklang mit der Besiedlung, der Forst- sowie der Landwirtschaft und unter Beachtung des Binnenhochwasserschutzes;
- die weitgehende Vermeidung weiterer Flächenversiegelung;
- falls neue Flächenversiegelungen unvermeidbar sein sollten, müssen diese an Maßnahmen zum Ausgleich der CO<sub>2</sub>- und Energiebilanz gekoppelt werden.

Der Binnenhochwasserschutz ist uns ein besonderes Anliegen. Deshalb werden wir auch weiterhin eng mit der Bürgerinitiative Grundwasser zusammenarbeiten.

Klimaschutz-Konzepte müssen in den kreiseigenen Unternehmen bzw. den Unternehmen mit Kreisbeteiligung mit den Zielen der Energie-, Ressourcen- und Kosteneinsparung, dem schonenden Umgang mit Natur, Umwelt und natürlichen Ressourcen erarbeitet und umgesetzt werden. Kooperationen regional tätiger Firmen im Bereich der regenerativen Energien, der Kreisverwaltung und der Städte und Gemeinden mit dem Ziel des Aufbaus eines Kompetenzfeldes „Regenerative Energien“ sollten initiiert werden. Wir fordern

- die Nutzung aller Möglichkeiten zum Ersatz alter vorhandener Windenergieanlagen durch neuere mit verbessertem Wirkungsgrad – aber keine Ausweisung neuer Windeignungsgebiete in der unmittelbaren Nähe von Wohngebieten und in Naturschutzgebieten – hier dürfen nur ausgewiesene Windeignungsgebiete genutzt werden;
- die Genehmigung von Biogasanlagen nur noch bei Sicherung örtlicher/regionaler Energie- und Wärmeversorgung und auf der Basis regional/örtlich vorhandener landwirtschaftlicher Abfallstoffe oder Rohstoffen von für Nahrungsmittellandwirtschaft ungeeigneten Flächen und der Fixierung des Einzugsbereichs;
- die Umstellung des Fuhrparks des Landkreises und der kreiseigenen Unternehmen auf Elektromobilität.

Wir fordern, dass der Landkreis Havelland als Institution Ökostrom bezieht, so wie es schon einige Kommunen im Landkreis machen. Bei Bauprojekten des Landkreises soll der Aufbau von lokalen und von den Energieriesen unabhängigen Energiequartieren geprüft und wenn möglich, umgesetzt werden. Wir werden uns weiterhin für den Ausbau der Fahrradinfrastruktur im Landkreis einsetzen und unterstützen Kommunen im Landkreis, die beispielsweise mit Hilfe von Fahrradstellplätzen die Fahrradinfrastruktur vor Ort vorantreiben wollen.



## **Verkehrssicherheit**

Auf vorhandene Verkehrsströme und ihre Begleiterscheinungen muss Einfluss genommen werden, wenn diese durch ansteigende Qualität und Quantität in den vergangenen Jahren zur Belastung für die Anwohner\*innen geworden sind. Wir machen uns daher nicht nur für Geschwindigkeitsbegrenzungen (wie z.B. in den Ortschaften Berge und Lietzow) und die Errichtung von Ampelanlagen zur Sicherung von Übergängen (Berge) stark, sondern setzen uns auch für eine Begrenzung von Verkehrsbegleiterscheinungen ein, wie z.B. durch eine Umgehungsstraße für Wernitz. Die Verkehrssicherheit muss vor allem auch an Bushaltestellen, wie beispielsweise an der Strecke Rathenow – Böhne an der L96, sichergestellt werden.



## **Wirtschaft**

DIE LINKE setzt sich für eine Wirtschaftsförderung ein, von der Unternehmen, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe profitieren, die in der Region Existenz sichernde Beschäftigungsverhältnisse oder betriebliche Ausbildungsplätze schaffen bzw. sichern, keine Niedriglöhne zahlen bzw. sich tariftreu verhalten, die ökologisch nachhaltig produzieren bzw. wirtschaften. Wir treten für die Rückkehr öffentlicher und privater Arbeitgeber in Flächen-tarifverträge sowie eine Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge ein. Kommunale Unternehmen sind bedeutend für die lokale und regionale Wirtschaftsentwicklung. Sie bilden eine wichtige Grundlage für die kommunale Selbstverwaltung.

DIE LINKE tritt ein

- für den Erhalt und Ausbau kommunaler bzw. kreislicher Investitionsprogramme;
- für eine verstärkte Zusammenarbeit des Landkreises mit Unternehmen der Region und das Hinwirken dabei auf gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und nachhaltiges Wirtschaften;
- für eine stärkere Unterstützung von Unternehmer\*innen bei der Nachfolgersuche;
- für die Unterstützung nachhaltiger, regionaler Wertschöpfungsketten (Investieren, Produzieren, Vermarkten in der Region) bei Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft.

## **Wohnen**

Wohnraum muss für alle bezahlbar sein. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass jeder im Havelland eine passende bezahlbare Wohnung mieten kann. Eine gute Wohnung ist das

Grundrecht für alle, ungeachtet des Einkommens oder der sozialen Lage.

Um dies zu erreichen, braucht es ein Bündnis für Wohnen im Havelland, wo Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften, Gemeinden und Städte und der Landkreis gemeinsam nach Lösungen suchen, wie bedarfsgerecht bezahlbarer Wohnraum sowie altersgerechte und barrierefreie Wohnungen geschaffen werden können.

Die Förderprogramme zum Sozialen Wohnungsbau von Land und Bund sind endlich auch im Havelland konsequent zu nutzen.

Als LINKE setzen wir uns bereits seit Jahren dafür ein, dass der Landkreis seine Verantwortung wahrnimmt und durch die Schaffung einer kreislichen Wohnungsgesellschaft in die Schaffung von bezahlbaren Wohnungen im Havelland einsteigt.

In Kommunen, in denen es notwendig ist, setzen wir uns für die Erarbeitung von Zweckentfremdungs- und Milieuschutzsatzungen zum Erhalt von Wohnraum ein.



... weitere Vorhaben wären noch in Angriff zu nehmen, wie beispielsweise die breite Einbeziehung der Bevölkerung in die Debatten des Kreistages via Livestream auf



### **YouTube**

Und auch ansonsten braucht es Öffentlichkeitsarbeit des Landkreises in den sozialen Medien, wie Twitter und Facebook.



### **Zaubern**

können wir nicht, aber wir treten konsequent für eine bürgerfreundliche, sozial gerechte und ökologische Kommunalpolitik im Havelland ein. Dazu benötigen wir am 26. Mai 2019 Ihre Stimmen. Bei der Wahl zum Kreistag Havelland können Sie drei Stimmen vergeben. Deshalb: Mit allen drei Stimmen 100% sozial wählen, alle drei Stimmen für die Kandidat\*innen der LINKEN im Havelland.



